

Stand: Dez. 1990

ÜBEREINKOMMEN ZUR ZUSAMMENARBEIT  
BEI DER BEKÄMPFUNG DER VERSCHMUTZUNG DER NORDSEE  
DURCH ÖL UND ANDERE SCHADSTOFFE

---

BESCHLUSS  
VOM 22. SEPTEMBER 1989  
BETREFFEND ÄNDERUNGEN DES ÜBEREINKOMMENS

Die Vertragsparteien des am 13. September 1983 in Bonn beschlossenen Übereinkommens zur Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der Verschmutzung der Nordsee durch Öl und andere Schadstoffe (im folgenden als "Übereinkommen" bezeichnet) -

eingedenk des Artikels 1 des am 13. September 1983 in Bonn beschlossenen Übereinkommens zur Zusammenarbeit bei der Bekämpfung der Verschmutzung der Nordsee durch Öl und andere Schadstoffe, der besagt, daß das Übereinkommen Anwendung findet, wenn die Verschmutzung oder drohende Verschmutzung der See durch Öl oder andere Schadstoffe im Nordseegebiet eine ernste und unmittelbar bevorstehende Gefahr für die Küste oder damit zusammenhängende Interessen einzelner oder mehrerer Vertragsparteien darstellt;

eingedenk des Absatzes XVI Nrn. 46 bis 50 der Erklärung der Minister anlässlich der vom 24.-25. November 1987 in London abgehaltenen Zweiten Internationalen Nordseeschutzkonferenz;

in der Erkenntnis, daß das Übereinkommen keine Bestimmungen über die Anwendung der Überwachung enthält, mit deren Hilfe Verschmutzungen festgestellt und Verstöße gegen Vorschriften zur Verhütung der Verschmutzung verhindert werden können;

in dem Wunsch, den Anwendungsbereich des Übereinkommens auf solche Tätigkeiten zu erstrecken;

mwlt 697/78

sowie in Erkenntnis der Notwendigkeit, die südliche geographische Begrenzung des Skagerraks, wie sie in Artikel 2 des Übereinkommens festgelegt ist, zu berichtigen -

sind Übereingekommen, das Übereinkommen wie folgt zu ändern:

#### Artikel I

Artikel 1 des Übereinkommens wird wie folgt geändert:

"Dieses Übereinkommen findet Anwendung

- (1) wenn die Verschmutzung oder drohende Verschmutzung der See durch Öl oder andere Schadstoffe im Nordseegebiet, wie es in Artikel 2 festgelegt ist, eine ernste und unmittelbar bevorstehende Gefahr für die Küste oder damit zusammenhängende Interessen einzelner oder mehrerer Vertragsparteien darstellt, und
- (2) auf die im Nordseegebiet durchgeführte Überwachung, mit deren Hilfe solche Verschmutzungen festgestellt und bekämpft und Verstöße gegen Vorschriften zur Verhütung der Verschmutzung verhindert werden können."

#### Artikel II

Artikel 2 des Übereinkommens wird wie folgt geändert:

"Im Sinne dieses Übereinkommens bezeichnet der Ausdruck Nordseegebiet die eigentliche Nordsee südlich des Breitengrads 61° nördlicher Breite sowie

- a) den Skagerrak, dessen südliche Begrenzung östlich von Kap Skagen durch den Breitengrad 57° 44' 43" nördlicher Breite bestimmt wird;

- b) den Ärmelkanal und seine Eingangsgewässer östlich einer Linie, die fünfzig Seemeilen westlich einer die Scilly-Inseln und die Insel Ouessant verbindenden Linie verläuft."

### Artikel III

Artikel 3 des Übereinkommens wird wie folgt geändert:

"(1) Die Vertragsparteien sind der Auffassung, daß die in Artikel 1 bezeichneten Angelegenheiten eine wirksame Zusammenarbeit zwischen ihnen erfordern.

(2) Die Vertragsparteien erarbeiten und erlassen gemeinsam Richtlinien für die praktischen, einsatzmäßigen und technischen Aspekte gemeinsamer Maßnahmen und der in Artikel 6A bezeichneten koordinierten Überwachung."

### Artikel IV

Artikel 4 des Übereinkommens wird wie folgt geändert:

"Die Vertragsparteien verpflichten sich zur Unterrichtung der anderen Vertragsparteien

- a) über ihre nationale Organisation, der die Bekämpfung einer Verschmutzung der in Artikel 1 Absatz 1 erwähnten Art und die Durchsetzung der Vorschriften zur Verhütung der Verschmutzung obliegt;
- b) über die zuständigen Behörden, die für die Entgegennahme und Abgabe von Meldungen über eine solche Verschmutzung sowie für die Behandlung von Fragen der gegenseitigen Unterstützung und der koordinierten Überwachung durch die Vertragsparteien verantwortlich sind;

- c) über ihre nationalen Mittel zur Vermeidung oder Bekämpfung einer solchen Verschmutzung, die für eine internationale Hilfe zur Verfügung gestellt werden könnten;
- d) über neue Wege zur Vermeidung einer solchen Verschmutzung und über neue wirksame Maßnahmen zu deren Bekämpfung;
- e) über größere Verschmutzungsereignisse dieser Art, die bekämpft wurden;
- f) über neue Entwicklungen in der Überwachungstechnologie;
- g) über ihre Erfahrungen bei der Anwendung von Überwachungsmitteln und -techniken für die Feststellung von Verschmutzung und die Verhinderung von Verstößen gegen Vorschriften zur Verhütung der Verschmutzung, einschließlich der Anwendung in Zusammenarbeit mit anderen Vertragsparteien;
- h) über Informationen von gegenseitigem Interesse, die sie bei ihren Überwachungstätigkeiten erlangt haben;
- i) über ihre nationalen Überwachungsprogramme, einschließlich der Vereinbarungen über die Zusammenarbeit mit anderen Vertragsparteien."

#### Artikel V

Das Übereinkommen wird durch folgenden neuen Artikel 6A ergänzt:

"Die Überwachung wird, soweit angemessen, von den Vertragsparteien in den Zonen ihrer Verantwortung oder in den in Artikel 6 bezeichneten Zonen gemeinsamer Verantwortung durchgeführt. Die Vertragsparteien können zweiseitig oder mehrseitig Übereinkünfte oder sonstige Vereinbarungen über die Zusammenarbeit bei der Ausgestaltung der Überwachung in allen oder einem Teil der Zonen der betreffenden Vertragsparteien schließen."

Artikel VI

Artikel 8 des Übereinkommens wird wie folgt geändert:

"(1) Dieses Übereinkommen ist nicht so auszulegen, als beeinträchtigt es in irgendeiner Weise die Rechte und Pflichten der Vertragsparteien aufgrund des Völkerrechts, insbesondere auf dem Gebiet der Verhütung und Bekämpfung der Meeresverschmutzung.

(2) Die in Artikel 6 erwähnte Einteilung in Zonen darf keinesfalls als Vorentscheidung oder Begründung in einer Frage der Souveränität oder Hoheitsgewalt geltend gemacht werden.

(3) Die in Artikel 6 erwähnte Einteilung in Zonen schränkt die Rechte der Vertragsparteien nicht ein, Überwachungstätigkeiten im Einklang mit dem Völkerrecht über die Grenzen ihrer Zonen hinaus durchzuführen."

Artikel VII

Artikel 9 des Übereinkommens wird wie folgt geändert:

"(1) Solange keine auf zweiseitiger oder mehrseitiger Grundlage oder aus Anlaß einer gemeinsamen Bekämpfungsaktion geschlossene Übereinkunft über die finanziellen Regelungen bezüglich der Maßnahmen der Vertragsparteien zur Bekämpfung einer Verschmutzung vorliegt, tragen die Vertragsparteien die Kosten ihrer jeweiligen Maßnahmen zur Bekämpfung der Verschmutzung nach Maßgabe des Buchstabens a oder b.

- a) Wurde die Maßnahme von einer Vertragspartei auf ausdrückliches Ersuchen einer anderen Vertragspartei ergriffen, so hat die ersuchende Vertragspartei der hilfeleistenden Vertragspartei die Kosten für ihre Maßnahme zu erstatten;
- b) wurde die Maßnahme von einer Vertragspartei auf eigene Veranlassung ergriffen, so trägt diese Vertragspartei die Kosten ihrer Maßnahme.

(2) Die ersuchende Vertragspartei kann ihr Ersuchen jederzeit widerrufen, hat aber in diesem Fall die der hilfeleistenden Vertragspartei bereits entstandenen oder von ihr übernommenen Kosten zu tragen.

(3) Sofern in zweiseitigen oder mehrseitigen Übereinkünften oder sonstigen Vereinbarungen nichts anderes festgelegt ist, trägt jede Vertragspartei die Kosten ihrer nach Artikel 6A durchgeführten Überwachungstätigkeiten."

#### Artikel VIII

Die Vertragsparteien notifizieren nach Artikel 16 Absatz 2 der Verwahrregierung ihre Genehmigung dieser Änderungen.

AGREEMENT FOR CO-OPERATION IN DEALING WITH POLLUTION OF THE NORTH SEA BY OIL AND OTHER HARMFUL SUBSTANCES, 1983

---

DECISION  
OF 22 SEPTEMBER 1989  
CONCERNING AMENDMENTS  
OF THE AGREEMENT

THE CONTRACTING PARTIES to the Agreement for Co-operation in Dealing with Pollution of the North Sea by Oil and Other Harmful Substances, done at Bonn on 13 September 1983 (hereinafter referred to as "the Agreement");

RECALLING Article 1 of the Agreement for Co-operation in Dealing with Pollution of the North Sea by Oil and Other Harmful Substances, done at Bonn on 13 September 1983, according to which the Agreement shall apply whenever the presence or the prospective presence of oil or other harmful substances polluting or threatening to pollute the sea within the North Sea presents a grave and imminent danger to the coast or related interests of one or more Contracting Parties;

RECALLING paragraph XVI, subparagraphs 46 to 50 of the Ministerial Declaration of the Second International Conference on the Protection of the North Sea, held in London from 24-25 November 1987;

RECOGNIZING that the Agreement does not contain provisions referring to the use of surveillance as an aid to detecting pollution and to preventing violations of anti-pollution regulations;

DESIRING to extend the scope of the Agreement to such activities;

RECOGNIZING ALSO the need to adjust the southern geographical limit of the Skagerrak as defined in Article 2 of the Agreement;

HAVE AGREED to amend the Agreement as follows:

Article I

Article 1 of the Agreement shall be amended to read as follows:

"This Agreement shall apply:

- (1) whenever the presence or the prospective presence of oil or other harmful substances polluting or threatening to pollute the sea within the North Sea area, as defined in Article 2 of this Agreement, presents a grave and imminent danger to the coast or related interests of one or more Contracting Parties; and
- (2) to surveillance conducted in the North Sea area as an aid to detecting and combating such pollution and to preventing violations of anti-pollution regulations."

Mar 697 / 178

Article II

Article 2 of the Agreement shall be amended to read as follows:

"For the purpose of this Agreement the North Sea area means the North Sea proper southwards of latitude 61°N, together with:

- (a) the Skagerrak, the southern limit of which is determined east of the Skaw by the latitude 57° 44' 43"N;
- (b) the English Channel and its approaches eastwards of a line drawn fifty nautical miles to the west of a line joining the Scilly Isles and Ushant."

Article III

Article 3 of the Agreement shall be amended to read as follows:

"(1) The Contracting Parties consider that the matters referred to in Article 1 of this Agreement call for active co-operation between them.

(2) The Contracting Parties shall jointly develop and establish guidelines for the practical, operational and technical aspects of joint action and co-ordinated surveillance as referred to in Article 6A."

Article IV

Article 4 of the Agreement shall be amended to read as follows:

"Contracting Parties undertake to inform the other Contracting Parties about:

- (a) their national organisation for dealing with pollution of the kind referred to in Article 1 paragraph 1 of this Agreement, and for enforcing anti-pollution regulations;
- (b) the competent authorities responsible for receiving and dispatching reports of such pollution and for dealing with questions concerning measures of mutual assistance and co-ordinated surveillance between Contracting Parties;
- (c) their national means for avoiding or dealing with such pollution, which might be made available for international assistance;
- (d) new ways in which such pollution may be avoided and about new effective measures to deal with it;
- (e) major pollution incidents of this kind dealt with;
- (f) new developments in the technology of conducting surveillance;
- (g) their experience in the use of surveillance means and techniques in the detection of pollution and the prevention of violations of anti-pollution regulations, including use in co-operation with other Contracting Parties;
- (h) information of mutual interest derived from their surveillance activities;
- (i) their national programmes for surveillance, including co-operative arrangements with other Contracting Parties."

Article V

A new Article 6A shall be added to the Agreement as follows:

"Surveillance shall be carried out, as appropriate, by the Contracting Parties in their zone of responsibility or zones of joint responsibility referred to in Article 6 of this Agreement. The Contracting Parties may bilaterally or multilaterally conclude agreements on or make arrangements for co-operation in the organisation of surveillance in the whole or part of the zones of the Parties concerned."

Article VI

Article 8 of the Agreement shall be amended to read as follows:

"(1) The provisions of this Agreement shall not be interpreted as in any way prejudicing the rights and obligations of the Contracting Parties under international law, especially in the field of the prevention and combating of marine pollution.

(2) In no case shall the division into zones referred to in Article 6 of this Agreement be invoked as a precedent or argument in any matter concerning sovereignty or jurisdiction.

(3) The division into zones referred to in Article 6 of this Agreement shall in no way restrict the rights of Contracting Parties to carry out in accordance with international law surveillance activities beyond the limits of their zones."

Article VII

Article 9 of the Agreement shall be amended to read as follows:

"(1) In the absence of an agreement concerning the financial arrangements governing actions of Contracting Parties to deal with pollution which might be concluded on a bilateral or multilateral basis or on the occasion of a joint combating operation, Contracting Parties shall bear the costs of their respective actions in dealing with pollution in accordance with subparagraph (a) or subparagraph (b) below:

(a) If the action was taken by one Contracting Party at the express request of another Contracting Party, the Contracting Party requesting such assistance shall reimburse to the assisting Contracting Party the costs of its action;

(b) If the action was taken by a Contracting Party on its own initiative, this Contracting Party shall bear the costs of its action.

(2) The Contracting Party requesting assistance may cancel its request at any time, but in that case it shall bear the costs already incurred or committed by the assisting Contracting Party.

(3) Unless otherwise specified in bilateral or multilateral agreements or arrangements, each Contracting Party shall bear the costs of its surveillance activities carried out in accordance with Article 6A."

Article VIII

The Contracting Parties shall notify the Depositary Government of their approval of these amendments in accordance with Article 16, paragraph 2 of the Agreement.

**ACCORD CONCERNANT LA COOPERATION EN MATIERE DE LUTTE CONTRE LA POLLUTION DE LA MER DU NORD PAR LES HYDROCARBURES ET AUTRES SUBSTANCES DANGEREUSES, 1983**

---

**DECISION du 22 septembre 1989**

**CONCERNANT LES AMENDEMENTS A L'ACCORD**

**LES PARTIES CONTRACTANTES à l'Accord concernant la coopération en matière de Lutte contre la Pollution de la mer du Nord par les Hydrocarbures et autres Substances Dangereuses, 1983, ci-après dénommé "l'Accord";**

**RAPPELANT l'article 1 de l'Accord concernant la Coopération en matière de Lutte contre la Pollution de la mer du Nord par les Hydrocarbures et autres Substances Dangereuses, conclu à Bonn le 13 septembre 1983 (ci-après dénommé "l'Accord"), suivant lequel l'Accord s'applique lorsque la présence ou la menace d'hydrocarbures ou d'autres substances dangereuses polluant ou pouvant polluer les eaux dans la région de la mer du Nord, constitue un danger grave et imminent pour les côtes ou les intérêts connexes d'une ou plusieurs Parties contractantes;**

**RAPPELANT le paragraphe XVI, alinéas 46 à 50 de la Déclaration Ministérielle de la Deuxième Conférence Internationale sur la Protection de la mer du Nord, tenue à Londres les 24 et 25 novembre 1987;**

**RECONNAISSANT que l'Accord ne contient aucune disposition se référant au recours à la surveillance à titre d'auxiliaire pour la détection de la pollution et afin de prévenir les violations des réglementations ayant pour objet la prévention des pollutions;**

**SOUHAITANT élargir la portée de l'Accord auxdites activités;**

**RECONNAISSANT AUSSI le besoin d'ajuster la limite géographique du sud du Skagerrak définie à l'article 2 de l'Accord;**

**SONT CONVENUES de ce qui suit:**

**Article 1**

**L'article 1er de l'Accord est amendé comme suit:**

**"Le présent Accord s'applique:**

- (1) quand la présence ou la menace d'hydrocarbures ou d'autres substances dangereuses polluant ou pouvant polluer les eaux dans la région de la mer du Nord, telle qu'elle est définie à l'article 2 du présent Accord, constitue un danger grave et imminent pour les côtes ou les intérêts connexes d'une ou plusieurs Parties contractantes; et**
- (2) à la surveillance exercée dans la région de la mer du Nord pour contribuer à détecter de telles pollutions et à lutter contre elles, et afin de prévenir les violations des réglementations ayant pour objet la prévention des pollutions.**

*Mult 697 178*

### Article II

L'article 2 de l'Accord est amendé comme suit:

"Aux fins du présent Accord, la région de la mer du Nord signifie la mer du Nord proprement dite au sud du 61ème degré de latitude nord, ainsi que:

- (a) le Skagerrak, dont la limite sud est déterminée à l'est de la pointe de Skagen par la latitude 57° 44' 43" N;
- (b) la Manche et ses entrées à l'est d'une ligne tracée à une distance de 50 milles marins à l'ouest d'une ligne reliant les îles Sorlingues à l'île d'Ouessant."

### Article III

L'article 3 de l'Accord est amendé comme suit:

"(1) Les Parties contractantes estiment que les matières évoquées à l'article 1er du présent Accord appellent une coopération active entre elles.

(2) Les Parties contractantes élaborent et établissent conjointement des lignes directrices en ce qui concerne les aspects pratiques, opérationnels et techniques d'une action conjointe et d'une surveillance coordonnée telle que définie à l'article 6A."

### Article IV

L'article 4 de l'Accord est amendé comme suit:

"Les Parties contractantes s'engagent à donner aux autres Parties contractantes les informations concernant:

- (a) leur organisation nationale compétente en matière de lutte contre la pollution telle que visée à l'article 1er paragraphe 1 du présent Accord, ainsi qu'en matière de mise en oeuvre des réglementations ayant pour objet la prévention des pollutions;
- (b) les autorités compétentes chargées de recevoir et de transmettre les informations concernant une telle pollution ainsi que de traiter des questions d'assistance mutuelle et de surveillance coordonnée entre les Parties contractantes;
- (c) leurs moyens nationaux pour éviter ou faire face à une telle pollution qui pourraient être rendus disponibles pour l'assistance sur le plan international;
- (d) les méthodes nouvelles pour éviter une telle pollution et les procédés nouveaux et efficaces pour y faire face;
- (e) les principaux incidents de pollution de ce type, auxquels il a été fait face;
- (f) les progrès réalisés dans la technologie de la surveillance;
- (g) leur expérience dans l'utilisation des moyens et des techniques de surveillance dans le but de détecter la pollution et de prévenir les violations des réglementations ayant pour objet la prévention des pollutions, y compris leur utilisation en coopération avec d'autres Parties contractantes;
- (h) l'information d'intérêt mutuel recueillie pendant leurs activités de surveillance;
- (i) leurs programmes nationaux de surveillance, notamment les dispositions relatives à la coopération avec d'autres Parties contractantes."

#### Article V

Un nouvel article 6A sera ajouté à l'Accord comme suit:

"Une surveillance est assurée par les Parties contractantes de la façon qui convient dans leur zone de responsabilité ou dans les zones de responsabilité conjointe telles que visées à l'article 6 du présent Accord. Les Parties contractantes peuvent conclure, bilatéralement ou multilatéralement, des accords ou des arrangements ayant pour objet la coopération dans l'organisation d'une surveillance dans la totalité ou dans une partie des zones des Parties concernées."

#### Article VI

L'article 8 de l'Accord est amendé comme suit:

"(1) Les dispositions du présent Accord ne doivent pas être interprétées d'une manière portant préjudice aux droits et obligations des Parties contractantes conformément au droit international, en particulier dans le domaine de la prévention et de la lutte contre la pollution marine.

(2) En aucun cas la division en zones, mentionnée à l'article 6 du présent Accord, ne peut être invoquée comme précédent ou argument en matière de souveraineté ou de juridiction.

(3) La division en zones mentionnée à l'article 6 du présent Accord ne restreint en aucun cas le droit qu'ont les Parties contractantes de procéder conformément au droit international à des activités de surveillance au-delà des limites de leurs zones."

#### Article VII

L'article 9 de l'Accord est amendé comme suit:

"(1) En l'absence d'un accord traitant de dispositions financières relatives aux actions menées par les Parties contractantes pour lutter contre la pollution et qui pourrait être conclu bilatéralement ou multilatéralement, ou à l'occasion d'une opération conjointe de lutte, les Parties contractantes supportent les frais entraînés par leurs actions respectives pour faire face à la pollution, conformément aux paragraphes (a) ou (b) énoncés ci-après:

(a) lorsque l'action est menée par une Partie contractante à la demande expresse d'une autre Partie contractante, la Partie contractante ayant demandé de l'aide rembourse à la Partie contractante prêtant l'assistance les frais entraînés par son action;

(b) lorsque l'action est menée à la seule initiative d'une Partie contractante, cette dernière supporte les frais entraînés par son action;

(2) La Partie contractante ayant sollicité l'assistance est libre de résilier à tout moment sa demande, mais en ce cas, elle supporte les frais déjà exposés ou engagés par la Partie contractante assistante.

(3) En l'absence de disposition contraire dans des accords ou arrangements bilatéraux ou multilatéraux, chaque Partie contractante supporte les frais entraînés par ses activités de surveillance mises en oeuvre suivant l'article 6A."

#### Article VIII

Les Parties contractantes informeront le gouvernement dépositaire de leur approbation de ces amendements conformément à l'article 16, paragraphe 2, de l'Accord.